

## LEITARTIKEL

# Der Marathon beginnt erst jetzt

Demokratien beweisen Geschlossenheit, doch die Beschlüsse sind nur Absichtserklärungen

Der Gipfel-Marathon im Juni 2022 wird Geschichte schreiben. So oder so. Er wird die Wegmarke sein, ob der politische Westen den Kriegsherrn Wladimir Putin stoppen sowie die von ihm überfallene Ukraine – und mit ihr die Werte der Demokratie – retten konnte. Oder nicht. Und als wäre diese Herkulesaufgabe nicht schon genug, geht es auch noch um die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz.

**KRISTINA DUNZ**  
ksta-politik@ksta-medien.de

Die Staats- und Regierungschefs von EU, G7 und der Nato haben in Brüssel, Elmau und Madrid Putin mit seiner faschistoiden Politik und Drangsalierung aller Andersdenkenden Grenzen aufgezeigt. Doch es ist offen, ob ihn das davon abhalten wird, sie zu überschreiten. Die meisten Gipfel-Beschlüsse sind Absichtserklärungen. Es kommt jetzt darauf an, was die Unterzeichner daraus machen.

## „Scholz muss Führung in Europa zeigen und Biden damit entlasten

Es wird vermutlich Jahrzehnte dauern, bis aus dem von der EU verkündeten Beitrittsversprechen der Ukraine eine Mitgliedschaft wird. Ferner ist unklar, was die G7 unter Sicherheitsgarantieren für die Ukraine nach dem Krieg verstehen. Kiev ist schon einmal verraten worden. Im Budapest Memorandum von 1994 gaben Russland, das Vereinigte Königreich und die USA der Ukraine Sicherheitsgarantien dafür, dass sie alle Nuklearwaffen auf ihrem Territorium beseitigt. Es hat sie nicht vor Putins Überfall be-

wahrt. Die von den G7 versprochenen Milliarden-Hilfen gegen den Hunger in der Welt werden nicht ausreichen, um die Not erheblich zu lindern. Ebenso dramatisch: Der Kampf gegen den Klimawandel wird nicht mit der Kraft geführt, wie es die Erderhitzung erfordert, weil die Hauptverursacher – die reichen Industriestaaten – mit Putins Erschütterung der Welt beschäftigt sind.

US-Präsident Joe Biden hat die USA als die alte, starke Führungsmacht präsentiert. Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich beim G7-Treffen unter deutscher Präsidentschaft dahinter eingereiht. Das war souverän, um ein Bild der Geschlossenheit abzugeben. Aber Scholz muss Führung in Europa zeigen und Biden damit entlasten. Denn der hat vor allem ein innenpolitisches Problem. Die Gefahr, dass bei den Präsidentschaftswahlen 2024 der Albtraum Donald Trump zurückkehrt, ist nicht klein.

Auch die Nato hat Baustellen. Die Türkei hat jetzt zwar ihre Blockade gegen die Aufnahmeverfahren für Finnland und Schweden aufgegeben – sicher ist diese Nato-Erweiterung aber nicht. Alle Parlamente der 30 Bündnisstaaten müssen zustimmen.

Die Demokratien haben eine Woche lang seltene Geschlossenheit und Entschlossenheit gezeigt. Ein großer Schritt. Was vor ihnen liegt, ist ein neuer Marathon. Sie werden Durststrecken bis zu ihrer neuen Weltordnung durchstehen müssen. Gemeinsam. Zu wünschen ist ihnen ein Publikum an der Strecke, das sie dabei unterstützt und anfeuert. Das sind ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger. Das sind wir.

## KOMMENTAR

## Debattieren, ohne zu verletzen

Regeln zu Transsexualität werfen Fragen auf

Um es vorne weg zu sagen: Das Thema Selbstbestimmungsrecht vertritt keine falschen Zwischentöne, Hass und Hetze schongar nicht. Denn es betrifft die Leben von Menschen, die bisher vor allem Diskriminierung erleben mussten. Insofern ist es richtig, den schikanierenden Hindernislauf zu beenden für all jene, deren geschlechtliche Identität von ihrer biologischen abweicht.

**MARKUS DECKER**  
ksta-politik@ksta-medien.de

Allerdings hat das Projekt der Ampelkoalition Nebenwirkungen. Wenn die offiziell festgestellte geschlechtliche Identität allein einer Willensentscheidung unterliegt, ist Missbrauch nicht ausgeschlossen – dann nämlich, wenn Menschen eine andere geschlechtliche Identität nur behaupten, um daraus Vorteile zu ziehen. In Baden-Württemberg hat ein Mann bei den

Grünen mal die Probe aufs Exempel gemacht und sich bei einem innerparteilichen Wettbewerb um einen Frauenplatz beworben. Das war eine politische Demonstration. Im Ernstfall stünden Gerichte vor schwierigen Entscheidungen.

Auch könnte die Abweichung von objektiven Kriterien bei anderen Identitätsfragen Schule machen – wenn jemand also einen Migrationshintergrund behauptet, den es nicht gibt. Unmöglich ist das nicht. Die Abweichung von objektiven Kriterien öffnet jedenfalls einen Raum, der nicht allein Frauen und Männern mit „falschem“ Geschlecht angeht. Über diese Fragen zu diskutieren, ohne Transgender-Menschen zu verletzen, stellt höchste Ansprüche an die Diskussionskultur. Leider hat sich diese eher zurückentwickelt.

## DEUTSCHE ZUSTÄNDE

## „Seinen kleinen Kosmos verlassen“

Warum die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs gerade in der aktuellen Situation für die jungen Erwachsenen hilfreich wäre

**Herr Grünewald, Bundespräsident Steinmeier hat mit dem Vorschlag eines sozialen Pflichtjahrs für junge Erwachsene für Debatten gesorgt. Was halten Sie von dem Vorschlag?**

Es geht dem Bundespräsidenten – wie ich ihn verstehe – um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aus psychologischer Sicht ist das momentan tatsächlich eines der drängendsten Themen. Aus all unseren Studien geht hervor, dass die Angst der Menschen vor der sozialen Entzweiung und dem Auseinanderdriften der Gesellschaft noch größer ist als etwa vor dem Klimawandel.

**STEPHAN GRÜNEWALD**

Ist Geschäftsführer des Kölner „rhein-gold“-Instituts. Er schreibt aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

In einem Pflichtjahr sehe ich die Möglichkeit, nach der – entwicklungspsychologisch betrachtet – ohnehin zu kurzen Schulzeit aus der beschriebenen Enge auszubrechen. Mit einem solchen Jahr würde auch der Wegfall des Wehr- beziehungsweise des Zivildienstes ausgeglichen, der junge Erwachsenen früher fast automatisch aus ihrem gewohnten Umfeld herausführte und ihnen neue Perspektiven eröffnete, was auch zur Akzeptanz bis dato fremder Lebenswelten beitrug. Die Altvorderen hatten ein gutes Gefühl dafür, wie bereichernd es ist, auf dem Sprung ins Erwachsenenwerden mit seinen kleinen Kosmos zu verlassen und die große, weite Welt zu entdecken – auch mit dem Effekt einer Erziehung zur Toleranz.

**Den Jungen nach der Schulpflicht gleich mit dem nächsten Pflichtprogramm zu kommen, klingt nicht gerade attraktiv.**

Auf der bewussten Ebene könnten Jugendliche das als Zwang wahrnehmen, ja. Aber auf der darunterliegenden Ebene liegt gerade in der Verpflichtung auch ein Moment der Entlastung, der Zwanglosigkeit. In unseren Tiefen-Interviews machen wir die Erfahrung, dass die jungen Leute heute unter ungeheurem Druck stehen, schon mit 17 oder 18 sagen zu müssen, was einmal aus ihnen werden soll. Sie stellen allerhöchste Ansprüche an ihren künftigen Werdegang, schließen so etwas wie Durchschnittlichkeit oder Mittelmaß geradezu zwanghaft aus ihrer Lebensplanung aus. Das führt einerseits zu einem immensen Konkurrenzdruck und andererseits zu einer strukturellen Überforderung angesichts eines dauernden Gefühls des Ungenügens.

**Da käme ihnen ein soziales Pflichtjahr vielleicht umso mehr in die Quere.**

Ja, aber in einem positiven Sinn. Die Idee, als Einzelner mal ein Jahr für soziales Engagement dranzugehen, scheitert momentan allzu leicht an der Angst, die anderen könnten einen in dieser Zeit ausstechen, überholen und abhängen. Ein Pflichtjahr nähme diesen Druck schlagartig heraus, weil alle für eine bestimmte Zeit scheinbar ausgebremst würden.

**Aber kommt der Vorschlag Steinmeiers nicht doch zur Unzeit – ausgerechnet jetzt, nach mehr als zwei Jahren Pandemie, die mit all ihren Auflagen und Beschränkungen gerade den Heranwachsenden viel abverlangt hat?**

Im Gegenteil. Ein Pflichtjahr käme jetzt gerade recht. Wie unsere aktuelle Jugendstudie für das Magazin „Stern“ ergab, hat fast die Hälfte aller Jugendlichen in der Corona-Zeit eine soziale Scheu entwickelt und fühlen sich unsicher im Umgang mit anderen. Ein soziales Pflichtjahr böte die ideale Möglichkeit, wieder kontaktfähig und kontaktfreudig zu werden.

Das Gespräch führte Joachim Frank

## PRESSESCHAU

Nato findet durch Putins Krieg zu neuer Stärke

## la Repubblica

ROM Stets gilt das Prinzip, dass Militärbündnisse einen Feind brauchen, um zu funktionieren: Wladimir Putin hat diese Rolle vollkommen übernommen und ermöglichte es der Nato, die Krise im Endstadium (...) hinter sich zu lassen. Auf dem Gipfel in Madrid hat die Nato ihre ursprüngliche Funktion wiederentdeckt: die kollektive Verteidigung des euro-atlantischen Raums hinsichtlich eines Russlands, das laut des neuen Strategischen Konzepts die bedeutendste und direkteste Bedrohung für die Sicherheit der Allianzen darstellt.

## De Standaard

BRÜSSEL Putin sah in der Aussicht, dass die Ukraine eines Tages in das Militärbündnis aufgenommen werden könnte, eine Bedrohung des russischen Einflussbereichs, die es mit allen Mitteln zu beseitigen galt. Doch weniger als sechs Monate später hat Putin mit seinem blutigen Krieg genau das Gegenteil erreicht: Er hat die Nato aus ihrem halbkomatösen Zustand wachgerüttelt, und seither baut das Bündnis mit großem Elan eine Verteidigungslinie an seiner Ostgrenze auf.

## EL PAIS

MADRID Zum Glück für die Europäer bleibt das Weiße Haus der erfolgreichsten und effektivsten Allianz der Geschichte verpflichtet. Die Verbindung zwischen den USA und Europa könnte nicht fester sein und ist jetzt sogar über Europa hinaus entscheidend. Jetzt gerät auch Peking ins Blickfeld. Ohne das starke und demokratische Europa, das Putin aushöheln will, wären die USA in der strategischen Konfrontation, die mit der aufstrebenden Supermacht China vorbereitet wird, im Nachteil.

**KÖLN**  
STADT-ANZEIGER  
Ein DuMont Unternehmen

**KÖLN**  
STADT-ANZEIGER  
Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont, Christian DuMont-Schulte, Isabella Neuen DuMont.  
Chefredakteur: Carsten Fiedler.  
Sollvertreter: Dr. Sarah Kasack.  
Head of Digital: Martin Döwde.  
Geschäftsführer: Christian Hümmeler.  
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).  
Köln: Tim Akenberger. Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung).  
Newsteam: Sandra Sporn, NRW-Story: Claudia Lehnen, Maria Dohmen (Reportage).  
Wirtschaft: Thorsten Bräutigam, Sport: Christian Lör, Kultur: Anne Burgher, Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meyzner. Chefredakteur: Peter Berger, Detlef Schmalberg. Art Director: Nicolas Jantzik.  
Produktion: Klaus Schröder. Regioedit: Michael Gruel, Christine Badde.  
Alle verantwortlich und verantwortlich in Köln.  
Hauptstadtbüro: Eva Quadebeck (Lg.), RND Berlin GmbH, Car. Marco Fenske.  
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ehler; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Daniel Frax; Madrid: Martin Dalmay; Athen: Gerd Höller; Rio de Janeiro: Tobias Kallert.

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna  
E-Mail-Redaktion: ksta-redaktion@ksta-medien.de  
Fax-Redaktion: 0221 / 224-2524

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Köln-Verlag-Gruppe, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE33 3701 0500 0000 2505 05.

Verlags-geschäftsführer: Mirco Strowald.  
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitag: mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 24a vom 01. Januar 2022 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.  
Abonnenten-Service  
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-23 32  
E-Mail: abo-kundenservice@ksta-medien.de

Anzeigen-Service  
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91  
E-Mail: anzeigen@ksta-medien.de  
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.  
Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de